

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 419 24. September 2008

15. Jahrgang

Geschichte und Erinnerung

Das Forschungszentrum von FLACSO-Guatemala veröffentlichte kürzlich eine Studie über die "Erbschaft des bewaffneten Konflikts". Die Untersuchung beschäftigt sich mit dem Thema des Vergessens und Erinnerns und der unterschiedlichen Gewichtung, die verschiedene Akteure diesen beiden Konzepten widmen. Wir veröffentlichen die Zusammenfassung eines Exposés, das im September 2008 in der Zeitschrift *diálogo* von FLACSO erschienen ist.

Verschiedene Konzepte

Um nachzuvollziehen, was Gedächtnis ("Memoria") bedeutet, muss man die unterschiedlichen Bedeutungen von Erinnerung und Vergessen verstehen. Im allgemeinen Verständnis bedeuten diese zwei Begriffe Gegensätze: Wo erinnert wird, kann es kein Vergessen geben und umgekehrt. Aber die Sache ist komplexer: Eine lange vergessene Begebenheit kann plötzlich dank einem Geruch, einem Bild oder einem Gefühl in Erinnerung gerufen werden. Der Weg des Erinnerns ist nicht gradlinig, ebenso wenig derjenige des Vergessens. Es sind verschlungene Wege, aber sie sind Teil derselben Reise, der Reise in die Geschichte.

Erinnern und Vergessen sind alte Praktiken. Nehmen wir das Beispiel Ostern: Mit dem jährlichen Feiern von Ostern wird daran erinnert, dass das Volk Israel die SklavInnen der Ägypter waren. Diese Erinnerung machte einen wichtigen Teil der hebräischen Identität aus, ebenso wie heute das Erinnern bzw. Vergessen des Holocausts einen wichtigen Teil der jüdischen Identität ausmacht. Ist das Erinnern ein konstituierendes Element für die Zukunft eines Landes? Können Menschen ihre eigene Biographie entwerfen, ohne sich ihrer Vergangenheit zu erinnern? Können sie ohne Gedächtnis eine Wahl oder Entscheidung treffen?

Apropos Holocaust: In Guatemala wurde eine ähnliche Debatte geführt über das Zeugnis von Rigoberta Menchú und der Beteiligung der Indígenas, ArbeiterInnen und BäuerInnen an den aufständischen Bewegungen. Als man die ZeugInnenaussagen von Auschwitz hörte, gab es Versuche, diese zu delegitimieren, und man warf den Überlebenden vor, sich in den Aussagen zu widersprechen. Ganz ähnlich verlief in Guatemala die als Menchú-Stoll-Debatte bekannte Diskussion um den Wahrheitsgehalt der Erzählung von Rigoberta Menchú.

Bei dieser Kontroverse geht es einerseits um eine historische Debatte, bei der die Ursachen des internen bewaffneten Konflikts und die Legitimität der Rolle und Beteiligung der indigenen Bevölkerung in Frage gestellt werden. Andererseits geht es um das Denkmodell, das auf der Abwertung des/ der "anderen" Indígena beruht. Zusammen verlaufen sie in einer Interpretation der vergangenen Jahrzehnte, die den Genozid negiert und die Beteiligung der indigenen Bevölkerung in die-

sem Konflikt delegitimiert. Dieses Denkmuster kommt z.B. dann wieder zum Tragen, wenn es um die Rechtfertigung von Gewaltanwendung gegen "Verdächtige" geht, die in "irgendwelche Dinge verwickelt sind".

Um die Dichotomie Erinnern und Vergessen geht es auch bei den verschiedenen Vorschlägen zur Geschichtsschreibung der jüngsten guatemaltekischen Geschichte. Die einen wollen erinnern und wissen, was in der Vergangenheit geschehen ist, um aus der Gegenwart heraus eine Zukunft aufzubauen. Für sie ist es wichtig zu erinnern und zu verstehen, was geschehen ist, um so aus der Vergangenheit Geschichte zu machen. Die anderen wollen vergessen und sich nicht an die gewalttätigen Geschehnisse während des Krieges erinnern.

Die Vergangenheit kennen zu wollen erwächst aus dem Bestreben, die Wahrheit zu kennen und einen Horizont von Freiheit zu erspähen. Erst dann ist es möglich zu verzeihen und vielleicht zu vergessen. Oder es hilft, den Schmerz der Erinnerung zu lindern.

Die Wahrheit spricht nicht für sich allein, sie braucht jemanden, der sie erzählt, und jemanden, der sie anhört. Wenn ein Opfer seine Geschichte erzählt, geht es nicht um die (Selbst-) Darstellung als Opfer, sondern darum, den Opferstatus zu überwinden. Oder mit den Worten von Dominick LeCapra: "Sich zu erinnern, bedeutet, in die Vergangenheit zurückzukehren und gleichzeitig in der Gegenwart zu leben, ohne dies als Widerspruch zu erleben. Man erinnert sich an das, was damals geschah, ohne aus den Augen zu verlieren, dass man im Hier und Jetzt lebt, vor allem auch in Momenten, wenn einen die Vergangenheit zu überwältigen droht."

Diese Erinnerungspolitik findet auf unterschiedlichen Ebenen statt, und es sind verschiedene Akteure daran beteiligt: Lokale Gemeinden, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Regierungen, die Medien und (...) die Vereinten Nationen.

Oft finden wir gerade bei offiziellen Akteuren den Hang zur Polarisierung, als würden wir uns immer noch im bewaffneten Konflikt befinden. Es gibt aber auch die ethi-

sche Frage nach den Risiken der Interpretation und den unterschiedlichen Methoden, die z.B. von ForscherInnen oder PsychologInnen angewendet werden. Auch die Schrift ist ein Werkzeug der Macht, das den oder die "andere" repräsentiert, in diesem Fall die in die Gewalt involvierten Personen: TäterIn und Opfer.

Die Arbeit der historischen Aufklärung ist es, herauszufinden WAS genau passiert ist, wie genau die Regierungspolitik auf lokaler oder regionaler Ebene akzeptiert oder abgelehnt wurde. Dies zu wissen, trägt dazu bei, die Ursachen des guatemaltekischen bewaffneten Konflikts zu verstehen. Leider wurde diese Arbeit nach der Ermordung von Bischof Gerardi und der Auflösung der Wahrheitskommission selbst von den ForscherInnen vernachlässigt, was man u.a. daran sieht, dass es keine Projekte gibt, die Universitäten oder Forschungszentren einbinden, um das Wissen um die guatemaltekische Geschichte der letzten 60 Jahre zu vertiefen.

Persönliche und kollektive Geschichten

Viele AnwältInnen und JuristInnen bezeichnen die guatemaltekische Gesetzgebung als "sehr gut". Sie sind sich einig darüber, dass mindestens was die normativen, konstitutionellen und substantiellen Gesetze betrifft, die guatemaltekische Gesetzgebung genug bietet, um die gravierenden Menschenrechtsverletzungen sowohl der Vergangenheit wie auch der Gegenwart zu verfolgen.

Bezüglich Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit besteht die grosse Herausforderung darin, die adäquaten Rechtsmittel zu suchen und zu finden. Auf der einen Seite sind die finanziellen Kosten dieser Arbeit sehr hoch, sowohl für das Opfer wie für den oder die AnwältIn. Auf der anderen Seite braucht es eine Begleitung des Opfers, was nochmals ganz andere Fähigkeiten erfordert als das juristische Wissen. Man muss zuhören können, verstehen wollen und das Verständnis von Wiedergutmachung des Opfers auf die Möglichkeiten der Gesetzgebung übersetzen oder herunterbrechen können.

Gemäss AnwältInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen liegen die Gründe, weshalb die Justiz in solchen Fällen nicht effizient ist, im mangelnden politischen Willen. Dazu kommt, dass die Ernennung von RichterInnen oft politischen Interessen dient bzw. politisiert wird. Ein weiterer Grund ist das beschränkte Budget, über welches das Justizwesen verfügt. Selbstverständlich liegt es auch an der Komplexi-

tät und Menge der Fälle. Es bräuchte eine Reform des Justizsystems und die Revision einiger die Prozesse behindernden oder verzögernden Rechtsmittel, wie zum Beispiel den "amparo" (eine spezielle Art von Einsprache), während dessen Behandlung der ganze Prozess zum Stillstand kommt.

Auch wenn es Verurteilungen gab in Fällen wie dem Mord an Monseñor Gerardi, Myrna Mack oder dem Massaker von Río Negro, werden diese von MenschenrechtsaktivistInnen als nur "halbe Urteile" oder "partielle Fortschritte" bezeichnet.

Es gibt aber Leute, die es positiver sehen und erstaunt sind, dass es TROTZ der Politisierung des Verfassungsgerichts und TROTZ den Mängeln in der Staatsanwaltschaft Fortschritte gibt wie z.B. die Einführung eines nationalen Wiedergutmachungsprogramms und die Urteilssprechung in einigen Präzedenzfällen.

Im Gegensatz zu dieser eher positiven Einschätzung steht diejenige der Opfer, die den Eindruck haben, dass die Justiz nicht funktioniert. Dies drückt sich in Gegenden wie Quiché, Huehuetenango oder Alta Verapaz in einem tiefen Misstrauen der Justiz gegenüber aus. Für die Opfer ist es eine zeit- und geldaufwendige Angelegenheit, einen Prozess zu führen. Für viele Menschen ist denn auch die soziale Anerkennung ihres Leidens wichtiger als ein Gerichtsurteil, denn "die zerstörte Jugend kann nicht mehr rückgängig gemacht werden", wie eine Zeugin erklärte.

Viele GuatemaltekinInnen, speziell StädterInnen, wollen den internen bewaffneten Konflikt "vergessen". Es fällt ihnen einfacher, über die Conquista zu sprechen, weil diese länger zurückliegt und sie direkt nichts damit zu tun haben. Aber wenn es um die Gräueltaten des Konflikts geht, gibt es immer wieder Stimmen, die sagen "was vorbei ist, ist vorbei". Oft meinen dies Menschen, welche die Gewalt nicht selber erlebt haben. Zwar beschwerten sie sich über die aktuelle Gewalt, doch es kommt ihnen nicht in den Sinn, einen Zusammenhang mit der Vergangenheit darin zu sehen.

Viele guatemaltekische StädterInnen wissen, dass es den bewaffneten internen Konflikt gegeben hat. Doch sie sahen nie ein niedergebranntes Dorf, sie können sich nicht vorstellen, was es heisst, auf der Flucht zu sein und sich in den Bergen und Wäldern zu verstecken. Sie haben vielleicht im Fernsehen gesehen, wie "Guerillas" oder "TerroristIn-

nen" aus ihren Verstecken geholt wurden. Oder sie sahen, wie ihre NachbarInnen abgeholt wurden oder nicht identifizierte Leichen in den Strassengräben gefunden wurden. Sie erlebten die Gewalt völlig anders als ihre Mitmenschen in den ländlichen Gegenden. Doch die Konsequenzen und die Hinterlassenschaften dieses Krieges erleben heute alle auf ähnliche Weise.

Es fragt sich, welche Rolle die städtischen GuatemaltekinInnen während des bewaffneten Konflikts innehatten: Jene Leute, die heute eine bestimmte Partei wählen, die sich täglich in den Medien und durch eigenen Erfahrungen über die Morde und Korruptionsfälle informiert halten, jene, die von "all dem genug haben". Können sich diese StädterInnen nicht mit ihren MitbürgerInnen identifizieren, die den Konflikt auf eine andere Weise erlebt haben?

Am 30. Mai 2008 wurden fünf Männer als die materiellen Täter des Massakers von Río Negro verurteilt. Diese Nachricht erschien jedoch tags darauf nicht in den Zeitungen, wahrscheinlich weil die Nachrichten über Korruption für die Medien wichtiger waren. So wie die Veröffentlichung einer Nachricht über diese Verurteilung Teil des "Rechts zu Wissen" ist und ein solcher Präzedenzfall die zukünftige Rechtsprechung beeinflussen kann, so ist es auch eine Pflicht der BürgerInnen, sich darüber zu informieren, was geschehen ist. Doch es ist fast unmöglich zu erfahren, was während dem bewaffneten Konflikt geschehen ist, geschweige denn, dessen Ursachen zu verstehen und zu erklären.

Im Fall von Río Negro wurden viele der damaligen Kinder zu Waisen, ihre Familien wurden zerstört. Wenn man die Erlebnisse und Erfahrungen dieser Menschen kennen würde, könnte man einiges darüber lernen, wie die guatemaltekische Gesellschaft heute weniger gewalttätig sein könnte.

Doch Teil der Verunmöglichung der Straflosigkeit ist, dass genau solche Erfahrungen nicht ausgetauscht und verbreitet werden.

Aus der Dualität Opfer/ TäterIn wird eine Triade, die alles noch viel komplizierter macht. Es gibt nämlich noch die ZuschauerInnen dieser Gewalt, die sich zum Theater der Kriegspolitik gesellen und die mit ihrem Schweigen zu KomplizInnen der Gewalt werden.

Diese dritte Gruppe einzubeziehen ist einerseits eine Herausforderung, könnte aber auch die Möglichkeit bieten, der Gewalt anders zu begegnen - der vergangenen wie der aktuellen.

Woher und wohin mit den Staatsgeldern?

Guatemala, 19. Sept. Mit 105 von 135 Stimmen hat der Kongress die Aufstockung des Staatsetats 2008 um 1,4 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 190'000) gebilligt. Enthalten ist darin ein höherer Betrag für Staatsobligationen, jedoch nicht die beantragten Summen für Bildung, Gesundheit und Sicherheit.

Die *Patriotische Partei* (PP) verweigerte die Zustimmung, denn es sei unangemessen, den für soziale Angelegenheiten zuständigen Institutionen die Mittel zu kürzen und fragwürdig, Mittel zu streichen, die für die Gehaltserhöhung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) vorgesehen waren, so Fraktionschefin Roxana Baldetti: "Wir sind nicht damit einverstanden, dass man der PNC Gelder wegnimmt angesichts der letzten Ereignisse, die die Unsicherheit belegen, in der wir leben."

Während die kritisierte Zuweisung von 26 Mio. Quetzales an das Verteidigungsministerium vom Präsidenten der Finanzkommission, Manuel Baldizón, mit der Erklärung gerechtfertigt wurde, diese Gelder gingen an das Ingenieurkorps, das Hilfeinsätze in Katastrophen leiste, meinte die Abgeordnete der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG), Nineth Montenegro, zu wissen, dass die Armee mit diesen 26 Mio. für die Verteilung von Nahrungsmittelpenden seitens des *Rates für Sozialen Zusammenhalt* entlohnt werde, der von Coloms Gattin Sandra Torres geleitet wird und dessen Etat keiner Kontrolle unterliege. Dabei sei es gar nicht Aufgabe der Armee, Nahrungsmittel zu verteilen; dafür gebe es schliesslich das *Vizeministeri-*

um und das gleichnamige *Sekretariat für Ernährungssicherheit* (SESAN), die wiederum ihre Funktion nicht erfüllten, aber die Mittel einstrichen.

Montenegro äusserte sich zudem skeptisch angesichts der Anordnung, alle in diesem Jahr nicht genutzten Staatsgelder sollten in den Gemeinsamen Fonds fliessen, dessen Kapitalfluss nur schwer zu überwachen sei und der "ein Riesensack ist, aus dem sie dann Überweisungen tätigen, wohin immer sie wollen". Insgesamt beobachtet die Abgeordnete eine Politisierung der sozialen Programme, die von der Regierung gestartet werden, eine Verdopplung von Funktionen, eine niedrige soziale Investition (20%), aber umso höhere Funktionsausgaben (60%). Der Etat des Bildungsministeriums sei um 300 Mio. Quetzales gekürzt worden, womit die Hoffnungen der unter Vertrag stehenden LehrerInnen auf Beförderung zunichte gemacht würden. Ausserdem gebe es keine ausreichende Schulinfrastruktur, von der Abdeckung der Grundschullehre ganz zu schweigen. Das Gesundheitsministerium habe bislang lediglich 9% seines Etats in Investitionen gesteckt, das *Ressort für Arbeit und Soziale Vorsorge* legte gerade einmal 8% in Programmen zugunsten der Arbeitenden an, der Grossteil seines Haushalts geht in Verwaltung und Gehälter.

Auch Menschenrechtsprokurator Sergio Morales kritisierte die Umschichtung von ministerialen Geldern mit sozialer Bestimmung hin zum *Rat für Sozialen Zusammenhalt*. Es seien schliesslich die Ministerien, die spezialisiert seien und darin gestärkt werden müssten, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Indes betreibt die Erste Dame der Nation kräftige Lobbyarbeit für ihren *Kohäsionsrat* und die Erhöhung "ihres" Haushaltspostens, unter dessen Namen diverse Aktionen laufen, deren Durchführung Präsident Colom oft höchstpersönlich beiwohnt, womit er seiner Interpretation der von ihm postulierten Sozialdemokratie und der Unterstützung der Armen Ausdruck verleiht. Neben der Verteilung von Nahrungsmitteln und Stipendien an Familien der 45 ärmsten Municipien, unter der Bedingung, ihre Kinder zur Schule und Gesundheitsvorsorge zu schicken sowie der Ankündigung von 200'000 "Häusern der Hoffnung", spricht der Installation von Ferriehäusern, hat sich Colom aber auch eingesetzt für die Verhandlung von moderaten Preisen für ausgewählte Lebensmittel und die Untersagung einer für die meisten KundInnen unerschwinglichen Strompreiserhöhung, die die Verteilerfirma EEGSA vorgesehen hatte.

Derweil hat das Finanzministerium

auch schon den Etatvorschlag für 2009 vorgelegt, der bis zum 30. November verabschiedet werden muss. Dieser sieht eine Gesamtsumme von 49 Mrd. 723 Mio. Quetzales vor (ca. US-\$ 6,8 Mrd.), mehr als 7 Mrd. mehr als für 2008. Finanzminister Juan Alberto Fuentes Knight bezeichnet das Vorhaben als historisch, sehe es doch einen äusserst hohen Prozentsatz von 6,7% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für soziale Investitionen vor.

Die Haushaltsinitiative plant auch gleich drei zur Finanzierung notwendige Kredite über insgesamt knapp 3,4 Mrd. Quetzales ein, um die man die *Interamerikanische Entwicklungsbank* (IADB) und die *Internationale Wiederaufbau- und Förderbank* (IBRD), eine Untergruppe der *Weltbank*, ansprechen will. Schon mit eingerechnet sind die einflussenden etwa 900 Mio., die von der Steuermodernisierung erwartet werden.

Alle Ministerien ausser dem Verteidigungsressort dürfen sich auf eine Etatserhöhung freuen, Innen- und Bildungsministerium erhalten gar 1 Mrd. mehr als in diesem Jahr, das Gesundheitsministerium 735 Mio. Besondere Absicherungspflichten werden denjenigen Organisationen auferlegt, die treuhänderisch Staatsgelder verwalten. Diese Massnahme geht auf die zahlreichen Unregelmässigkeiten zurück, die sowohl bei der *Internationalen Organisation für Migration* (IOM) als auch dem *UN-Entwicklungsprogramm* (UNDP) entdeckt wurden, die, öffentliche Ausschreibungen umgehend, staatliche Aufträge abwickelten.

Sollte Sandra Torres mit ihrer Forderung nach 2,8 Mrd. Quetzales durchkommen, wird der *Kohäsionsrat* über einen deutlich höheren Etat verfügen als zahlreiche Ministerien, wie dem für Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Arbeit, Energie und Minen, Kultur und Sport und für Umwelt.

Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) stellte bereits fest, dass der vorgesehene Etat 2009 Coloms Ankündigung einer "Regierung mit Maya-Gesicht und Duft nach Mais-Tamales" widerspreche, seien doch mindestens 26 Regierungsprogramme, die derzeit den Frauen und Indigenen Völkern zugute kommen, entweder in ihrem Etat gekürzt oder ganz gestrichen. GAM-Direktor Mario Polanco sieht darin einen deutlichen Rückschritt in der Regierungspolitik: "Wir erkennen keinen grossen Unterschied zwischen der Regierung der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) und den vorherigen. Es werden weiterhin kleine Machtgruppen im Land begünstigt, aber beispielsweise mit dem *Kohäsionsrat* keine wirkliche Lösung der Probleme in den ländlichen Gemeinden angestrebt."

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto.Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net

Aboverwaltung
Ewald Seiler
Rahel-VarnhagenStr. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de

Jahresabo: 55.- Euro
Auslandsabo: 60.- Euro
E-Mail-Abo: 50.- Euro
Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

Die CICIG berichtet zur Halbzeit ihres Mandats

Guatemala, 17. Sept. Wenige Tage zuvor wurde das Mandat des *Büros des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte* (OACNUDH) um drei Jahre verlängert. Kaum war diese Nachricht, die von der stellvertretenden UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Kyung-wha Kang, mit einem entsprechend kritischen Bericht persönlich überbracht wurde, verdaut, legte letzte Woche Carlos Castresana, Chef der *Internationalen Untersuchungskommission gegen Strafflosigkeit in Guatemala* (CICIG) seinen Report anlässlich der nun einjährigen Präsenz der Kommission im Land vor.

Mit klaren Worten präsentierte Castresana die erreichten Resultate: In erster Linie sei eine gründliche Untersuchung des gesamten Sicherheits- und Justizapparates vorgenommen worden. Mit der Säuberung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) und der Neubesetzungen und Umstrukturierung der Staatsanwaltschaft, seien auf Anstoss der CICIG bereits tiefgreifende Veränderungen angestoßen, auch wenn dies von vielen KritikerInnen gerne übersehen werde. Eine zusätzliche Beobachtung brachte in diesem Fall das Gerichtssystem gehörig ins Wanken. So diagnostiziert die CICIG, dass auch in diesem selbst - und nicht nur in den ermittelnden Instanzen wie Polizei und Staatsanwaltschaft - zur Strafflosigkeit beigetragen würde. Und das in nicht geringem Masse. Die Zahlen: In den letzten drei Jahren wurden den Gerichten 10'865 Anzeigen wegen Mordes und aussergesetzlichen Hinrichtungen eingereicht. Von diesen Klagen gelangten 1'167 zu einem Urteil, sprich 10,7%; in den übrigen 89,3% gab es kein Urteil. Und weiter: Von den Urteilen waren nur 6,9% tatsächliche Verurteilungen, der Rest Freisprüche oder Suspendierungen. Somit herrscht im Justizsektor eine Strafflosigkeit von 93,1%, die durchaus vergleichbar ist mit der von 98%, die der Staatsanwaltschaft angelastet wird.

Im Fall der Justiz bringt die CICIG noch einen weiteren Aspekt aufs Tapet: Zwischen 2000 und 2007 wurden 4'215 Anzeigen gegen RichterInnen und StaatsanwältInnen eingereicht. Allein in 28 Fällen führten diese zur Amtsenthebung. Von 614 beantragten Suspendierungen von AnwältInnen in den Jahren 2006 und 2007 entschied die *AnwältInnen- und NotarInnenkammer* nur in insgesamt vier Fällen für deren Durchführung. Somit liegt die Quote der Disziplinarverfahren im Justizsektor bei 5,1%.

Ausserdem nahm sich die CICIG zwei Gesetze vor, die bislang entgegen ihrem eigentlichen Sinn zur Verdeckung von Straftaten missbraucht werden. Und das von den StaatsfunktionärInnen

selbst. Die Rede ist vom "Ley de Amparo", einer speziellen Einspruchsoption, und dem "Ley de Antejuicio", einer Art Schutzmechanismus für Staatsangestellte hinsichtlich der Ausübung ihrer Funktion. Castresana legte nun Reformvorschläge für diese beiden Gesetze sowie für den Strafprozesskodex und das Gesetz gegen das organisierte Verbrechen vor. Damit soll hinsichtlich der ersten beiden Normen, die durchaus wertvolle Elemente enthielten, verhindert werden, dass beispielsweise durch ständige Rekurse Strafprozesse zum Erliegen gebracht werden - wie es im laufenden Genozidprozess gegen ehemalige hohe Funktionsträger ständig passiert - bzw. der gesetzliche Schutz von FunktionärInnen in Anspruch genommen wird, um kriminelle Taten unbehelligt begehen zu können. Die Modifikation des Strafprozesskodexes zielt auf einen besseren Schutz von ZeugInnen und Justizangestellten ab, vor allem in den ländlichen Regionen, wo jedeR jedeN kennt. Es obliegt jedoch Präsident Colom, die Reformempfehlungen in Form von Initiativen dem Kongress vorzulegen.

Schliesslich appellierte Castresana an den Kongress, endlich das Waffen- und Munitionsgesetz zu verabschieden. Mehr als 50 Millionen Kugeln würden jährlich eingesetzt, doppelt so viele wie während des bewaffneten Konflikts. Dabei gehe es der CICIG nicht um ein Verbot des Waffenbesitzes, sondern um die Kontrolle und das Unterbinden von illegalem Waffenhandel.

"Von der Billigung der Reformen hängt der Erfolg der CICIG hinsichtlich der Erfüllung ihres Mandates und der Funktionsbeschleunigung des Justizapparates ab, um die Strafflosigkeit in Guatemala zu beenden", pointierte Castresana seinen Vortrag, um an die gesellschaftliche und politische Verantwortung in diesem Kampf zu erinnern.

Inzwischen zähle die Kommission 109 MitarbeiterInnen aus 24 Ländern sowie 26 Guatemaltekinnen. Der Etat des ersten Jahres von US-\$13,7 Mio. werde ausschliesslich von der internationalen Gemeinschaft gestemmt.

Castresana präsentierte seinen Bericht im Aussenministerium in Anwesenheit von Vizepräsident Espada, Vertretern des Höchsten Gerichtshofes, DiplomatenInnen, MenschenrechtsaktivistInnen sowie Staatsanwalt Amílcar Velásquez. Hinsichtlich der Kooperation mit der Regierung und speziell der Staatsanwaltschaft zeigte sich der spanische Anwalt hochzufrieden. Das Innenministerium habe der CICIG zusätzlich 30 PolizeieigentInnen zugewiesen, um die Ermittlungen zu unterstützen.

Von den 63 der CICIG direkt eingereichten Anzeigen wird derweil in 15

hochrelevanten Fällen von ihr ermittelt, wie denen in Verbindung mit dem Drogenhandel, den Morden an den Busfahrern sowie Fällen von Femizid (Mord an Frauen), Menschenhandel, Angriffen und Morde an GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen. In zwei konkreten Drogenprozessen tritt die CICIG als Nebenklägerin auf: Im Massaker unter Drogenhändlern in Zacapa im März (siehe ¡Fijáte! 407) und im kürzlich aufgedeckten Fall der so genannten "Bande des verrückten *Mariachi*" (eigentlich Bezeichnung für "typisch mexikanische" Musiker), in den vier Polizisten involviert sein sollen, die mutmasslich Privatpersonen erpresst und Lastwagen gestohlen haben.

Wie zu erwarten, fällt das Echo auf die CICIG-Resultate äusserst gegensätzlich aus. Während Menschenrechts- und SicherheitsexpertInnen die grundlegende und vor allem fundierte Analyse der institutionellen Ebenen, auf denen Strafflosigkeit herrscht, wertschätzen und, wie Sandino Asturias vom *Studienzentrum von Guatemala* (CEG) die darauf beruhenden Empfehlungen als Wegweiser zur Umstrukturierung von Institutionen und Praktiken zum Thema Sicherheit begrüßen, stellen diejenigen, die der CICIG von vornherein skeptisch gegenüberstanden, die Kommission an sich in Frage, da sie keine konkreten Ergebnisse erkennen. Wahrscheinlich hofften sie tatsächlich auf spektakuläre Festnahmen und Verhaftungen von Drogenbossen und politischen GegnerInnen. Angesichts der gründlichen und tatsächlich professionell-diskreten Arbeit der CICIG, auf die sie keinen Einfluss haben und die strukturelle Aspekte benennt, stellen sie nun fest, dass ihre persönlichen Interessen eindeutig tangiert werden und die CICIG den Finger in die Wunden legt, von denen sie bislang profitieren. Schliesslich diskutiert der Kongress nicht ohne Grund seit rund elf Jahren das stets als dringlich dargestellte Waffen- und Munitionsgesetz. Und selbst für die anderen, von Castresana benannten Gesetze liegen längst Reformvorschläge vor, die ständig aufgeschoben werden. Fast trotzig mutet auch die Reaktion vom *Obersten Gerichtshof* (CSJ) auf die Vorwürfe ob der gerade dieser Institution immanenten Strafflosigkeit an: Hätte die CICIG beizeiten engeren Kontakt zum Justizwesen gesucht, hätte sie gesehen, dass all die geforderten Reformen längst in die Wege geleitet seien, meint Richter Luis Fernández Molina. Und hinsichtlich der bemängelten CSJ-Praxis entgegnete er, das Gericht würde durchaus in Fällen mit ausreichender Beweis- oder Indizienlast Urteile fällen, aber selbstverständlich keine subjektiven Rechtssprüche emittieren.

Das Lateinamerikanische Wassergericht hat getagt

Guatemala, 17. Sept. Das *Lateinamerikanische Wassertribunal* (TLA) verkündete letzten Freitag seine Urteile in zehn vorgetragenen Fällen aus der ganzen Region, drei davon aus Guatemala. Das Tribunal hatte die Woche über in Antigua Guatemala, Sacatepéquez, getagt, wobei es neben den Anhörungen thematische Diskussionsforen zum Thema Wasser gab, die eine rege Beteiligung von RegierungsfunktionärInnen, AkademikerInnen und TeilnehmerInnen aus der Zivilgesellschaft verzeichneten. Die Jury stellten zehn hochrangige Personen aus verschiedenen Ländern, darunter der ehemalige Generalprokurator Brasiliens, Alexandre Camanho, der ehemalige französische Richter am Höchsten Gerichtshof, Philippe Texier, der in Mexiko lehrende US-Wissenschaftler David Barkin, sowie der ehemalige stellvertretende Menschenrechtsprokurator Augusto Willemsen und der Arzt José Barroya aus Guatemala.

Im Fall der Klage seitens der Bevölkerung von San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa, San Marcos, gegen das Minenunternehmen *Montana Exploradora S.A.*, sprach das Tribunal eine moralische Verurteilung gegen das Unternehmen aus. Laut Anklage soll *Montana* verantwortlich sein, 10'000 indigene BewohnerInnen zu schädigen, da deren Brunnen austrockneten und ihre Häuser bei der Perforierung der Mine durch Sprengungen Schaden angenommen hätten. Das Wassertribunal, dessen Charakter ethischer Natur ist und dessen Urteile nicht verbindlich sind, erachtete es als sehr wahrscheinlich, dass aus dem Minenschutt saure Wasser austreten und sah das Auslaufen der mit Schwermetallen belasteten Sammelgewässer als grosses Risiko mit schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung, die Umgebung des Flusstals um den Cuilco und das Becken des Flusses Tzálá, sowie für die dort heimischen Wasserlebewesen an. Das Urteil zieht *Montana* zur Verantwortung wegen Umweltschäden und empfahl die Entschädigung der Bevölkerung von San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa. Das TLA riet, dass unabhängige Umweltverträglichkeitsstudien, die die Beteiligung der Betroffenen sicherstellen, die Kapazitäten des Minenabbaus festlegen sollten, um Schäden an den Gemeinden und dem Umfeld zu vermeiden. Zudem sieht das Tribunal die Zentralregierung in der Verantwortung, die Situation der hochriskanten Minenoperationen nicht zu verbessern. Zudem zensierte es sie, da sie die Konvention 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) nicht anwende und stattdessen die durchgeführ-

ten Volksbefragungen, in denen die Bevölkerung ihre Ablehnung gegenüber den Minenaktivitäten ausgedrückt hatte, ignoriere. Das Mininggesetz sollte reformiert werden, um die nationale Souveränität und die Verteidigung der Rechte und der Güter der Bevölkerung zu sichern, empfahl die internationale Jury.

Während niemand von *Montana* bei der Session des Wassertribunals anwesend war, wies der Geschäftsführer des *Minengremiums von Guatemala*, Douglas González, die Vorwürfe zurück und versicherte, *Montana*, wie alle anderen Unternehmen des Gremiums, erfülle alle gesetzlichen Umweltnormen, kurz: es gebe keine Wasserverschmutzung. Eine entsprechende Analyse sei durchgeführt und von der *Universität San Carlos* abgesehen worden.

Im Fall der Anzeige wegen des Verfalls des Flussbeckens am San Juan, Aguacatán, Huehuetenango, die die lokale Mayagemeinde eingereicht hatte, verantwortete das TLA die Gemeindeverwaltung von Aguacatán für die entstandenen Schäden, die auf das Fehlen eines Abwassersystems und das Nichtklären von gebrauchtem Wasser zurückzuführen seien. Dem *Energie- und Minenministerium* (MEM) riet das Wassertribunal die Minenexploration des Unternehmens *Tenango Mining* zu suspendieren, da in dieser Zone gar keine entsprechenden Lizenzen vergeben seien. Auch das *Nationale Waldinstitut* (INAB) wurde gerügt, und zwar wegen der exzessiven Abholzung in der Region. Das INAB und eine betroffene Gemeinde vereinbarten, gemeinsame Regenerierungs- und Wiederaufforstungsprogramme durchzuführen.

Eine Einigung wurde auch im dritten dem TLA vorgetragenen Fall getroffen und ersetzte ein Urteil. Die *Vereinigung für Integrale Entwicklung Verapaz* (ASOVERAPAZ) hatte die Gemeindeverwaltung San Cristóbal und den *Departementalen Entwicklungsrat* (CODEDE) beschuldigt, im Fall der Verschmutzung der Lagune Chichoj, San Cristóbal, Alta Verapaz, die Umweltgesetze nicht einzuhalten bzw. durchzusetzen. In den letzten zehn Jahren sei fast die Hälfte der Lagune verloren gegangen, da nicht nur die Haushalts- und Industrieabwässer in den See geleitet würden, sondern zudem Personen mit wirtschaftlicher Macht die Lagune aufschütteten, um ihre Grundstücke am Ufer zu erweitern, so Elvia Rosa Mo, Mitglied von ASOVERAPAZ. Demgegenüber gab der zuständige Bürgermeister Leopoldo Ical Jul an, die vorherige Administration habe in eine Kläranlage investiert, die aber nicht funktioniere, somit

seien die 1 Mio. Quetzales verloren. Schliesslich vereinbarten Gemeinde und Autoritäten ein gemeinsames Engagement zur Rettung der Lagune.

Abschliessend kündigte TLA-Präsident Javier Bogantes die Begleitung der Fälle und vor allem der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen an.

Das *Lateinamerikanische Wassertribunal* gründete sich 1983 zunächst auf zentralamerikanischer Ebene nach europäischen Vorbildern und ist eine internationale, autonome Umweltrechtsorganisation mit dem Zweck zur alternativen Lösung von Konflikten um das Gut Wasser beizutragen und auf moralischer Ebene die Prinzipien des Zusammenlebens mit der Natur, den Respekt gegenüber der menschlichen Würde sowie die allgemeine Solidarität zum Schutz der Wassersysteme zu verkörpern. In diesem Jahr tagte es zum 5. Mal öffentlich unter dem Motto: "Wassergerechtigkeit auf indigenem Land und Territorium".

Unterdessen gab das Ministerium für Umwelt und Naturressourcen (MARN) aktuelle Daten bekannt. Demnach wurden diesem zwischen Januar und August 628 Klagen wegen Umweltschäden eingereicht, die Mehrheit davon bezog sich auf Luftverschmutzung.

Ana Beatriz de Pacheco, Direktorin der Rechtsabteilung des MARN, ergänzte weitere Anzeigenanlässe wie Wasserverschmutzung durch Entsorgung von Pestiziden in die Flüsse oder die Abzweigung von Flussläufen sowie das Fehlen von Abwassersystemen, Lärmbelästigung und Bodenverschmutzung. Doch das Ministerium könne nur Sanktionen aussprechen, wenn Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht erfüllt oder nicht durchgeführt würden, die Strafverfolgung wegen Verschmutzungsdelikten obliege der Staatsanwaltschaft, so Pacheco. Ihres Erachtens ist der Schutz der Naturressourcen deswegen begrenzt, weil die Bussgelder sehr niedrig seien. Sie belieben sich auf zwischen 5'000 und 100'000 Quetzales (ca. US-\$ 680 - 13'600). In vielen Fällen zögen es die Unternehmen vor, das Geld zu bezahlen, statt in Massnahmen der Umweltschonung zu investieren.

Rafael Maldonado, der zur Direktion vom Umweltaktionszentrum CALAS gehört, weiss, dass im ersten Halbjahr 2008 591 Umweltanzeigen bei den Gerichten eingereicht worden seien, von denen nur sechs zur Debatte gekommen seien, eine der beschuldigten Parteien sei freigesprochen worden.

In den Departements Guatemala und Sacatepéquez, aus denen die meisten Anzeigen kommen, überwiegen solche, die Forstschäden betreffen.

¡Hijole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Das hat schon Goebbels gesagt

An jenem Donnerstag war sich die Versammlung des Entwicklungsrats (COMUDE) jener Gemeinde, die unter dem Genozid gelitten hatte, mehrheitlich darüber einig, dass sie Militärangehörige bitten wolle, erneut in den Strassen ihres Dorfes zu patrouillieren. "Wir sprechen ja nicht mehr von der Vergangenheit, sondern es geht um die Jugendbanden", sagten alle.

Man weiss nicht recht wie und durch wen, aber die dringende Notwendigkeit, das Militär zu rufen, verbreitete sich erstmals unter den UnternehmerInnen und HändlerInnen der nahegelegenen Stadt, die sich wegen der von den Jugendbanden verbreiteten Gewalt zusammengeschlossen und organisiert hatten. Und ebenso wenig weiss man, wie und durch wen die Mehrheit der Leute auf dem Dorf von der Angst überfallen wurden und in wenigen Tagen eine Versammlung einberiefen, wo sie entschieden, sich dem Militär in die Arme zu werfen - den verhängnisvollen Protagonisten ihrer Vergangenheit. Es ist komisch, denn dieses Dorf fällt nicht auf durch erhöhte Anzeichen oder Fälle sozialer Gewalt.

Vor 25 Jahren hingegen starben allein in 30 Monaten rund 5000 unbewaffnete ZivilistInnen, 99% von ihnen Mayas. Sie wurden aus ihren Häusern gejagt, in die Lastwagen oder Busse getrieben, lebend verbrannt, gefoltert oder einfach zum Verschwinden gebracht... auf Befehl des Militärs. Man muss dabei anfügen, dass in Guatemala kein ranghoher Militär für seine Kriegsverbrechen verurteilt wurde.

Abgesehen von diesem, man könnte fast sagen kuriosen Detail, das nur mit der Erinnerung zu tun hat, ist in diesem Dorf nie etwas geschehen, das die Einberufung einer dringenden und hitzig geführten Versammlung gerechtfertigt hätte.

Die Armut in diesem Dorf betrifft mehr als 60% der Bevölkerung, Hunderte von TagelöhnerInnen sehen sich gezwungen, sich temporär auf den Fincas zu verdingen zu Löhnen, die unter dem eh schon lächerlichen gesetzlichen Mindestlohn liegen. Wer in diesem Dorf krank wird, verkauft eines seiner wenigen Hühner, um direkt in der Apotheke Medizin zu kaufen, ohne vorher den Arzt aufgesucht zu haben - denn derjenige,

den die Regierung stellt, kann sie nicht alle behandeln, und die PrivatärztInnen sind sehr teuer. Die Strassen in den Gemeinden sind in sehr schlechtem und gefährlichem Zustand. Die Frauen aus den Dörfern finden auf dem Marktplatz keinen leeren Flecken mehr, wo sie die Körbe mit ihren Waren hinlegen können, denn die Unternehmen stellen quasi eine Filiale ihres Geschäfts auf und kippen Wasser dort aus, wo die BäuerInnen sich auf dem Boden installieren. Die Telefongesellschaften haben ihre riesigen Masten inmitten der Häuser aufgestellt, obwohl jemand gesagt hat, dass diese gefährlich für die Gesundheit seien. Das Trinkwasser in den Wohnquartieren ist - wenn es denn nach Tagen einmal kommt - verschmutzt. Die häusliche Gewalt ist nicht mehr als ein Gerücht zwischen NachbarInnen, völlig nebensächlich. Es gibt Schulen, wo die Kinder ihre Lehrerin auslachen, wenn sie sie zufälligerweise in der Mayasprache reden hören.

Aber all diese Dinge sind unwichtig, es lohnt sich nicht, wegen ihnen dringende und hitzig geführte Versammlungen einzuberufen.

Welch Zufall: Am selben Donnerstag war der Präsident des Landes in einen grossen Skandal involviert, denn er entdeckte versteckte Kameras und Mikrofone in seinen Zimmern. Es scheint, dass einer der Skorpione, die wie Kletten an seinem Hemd hängen, es auf ihn abgesehen hat. Seinen *Freund* Carlos Quintanilla gibt es nicht mehr. Aber da man sich *unter Freunden* entgegenkommt, wurde der Haftbefehl gegen ihn erst zwei Tage später ausgestellt, während denen der Herr Präsident versicherte, dass er in keiner Weise seinen Sicherheitsverantwortlichen verdächtige, etwas mit der Sache zu tun zu haben. Nun ist Quintanilla geflüchtet. Die Aufnahmegерäte und Kameras, mit denen der Präsident ausspioniert wurde, sind - komisch, sowas geschieht doch sonst nie! - verschwunden, bevor sie zu juristischen Untersuchungszwecken hätten beschlagnahmt werden können (*Prensa Libre*, 6/09/08, S. 4).

Es heisst, dass Colom am Tag des Skandals anordnete, dass kein präsidialer Helikopter geflogen werden dürfe, und ein boshafter Journalist stellte öffentlich die Frage, die wir uns alle stell-

ten: Heisst das, Herr Präsident, dass ihr Freund etwas mit dem Helikopterunfall zu tun hat, bei dem der Innenminister und sein Vize ums Leben gekommen sind (M. Rodríguez, *Prensa Libre*, 9/09/08, S. 18)? Und andere ähnliche Fragen: Wem gehört die behaarte Hand, welche die Beweise für die Spionage zurückzog? Ist dieser Skandal um Colom nicht einfach bloss eine weitere Auseinandersetzung zwischen Skorpionen, bei der die einen verlieren und die anderen gewinnen - um am Präsidentenhemd kleben bleiben zu können?

Aber kehren wir zu der Dorfversammlung zurück. Es ist nichts Neues, dass das Militär einen generösen Teil des Staatsetats für seine gemeinsamen Patrouillen mit der Polizei kassiert - obwohl diese Zusammenarbeit den Friedensabkommen widerspricht. Die manipulierte Dringlichkeit, mit der die Leute dieses Dorfes gehandelt haben, um kombinierte Patrouillen einzufordern, kann durchaus eine Strategie der Freunde des flüchtigen Quintanilla sein. Die wissen genau, wie so etwas läuft. Die Patrouillen bringen ihnen nebst Geld die Gelegenheit, ihre Hände vor den Witwen und Witwern dieses Dorfes in Unschuld zu waschen. Und - falls notwendig - können auch gleich die Leute dieses Dorfes kontrolliert und unter Kontrolle gehalten werden. Dazu muss nur die Angst, die ihnen seit jenen Jahren in den Knochen sitzt, wieder belebt werden. Zum Beispiel wenn es ihnen in den Sinn käme, einen Aufstand zu machen und gegen irgendetwas zu protestieren wie Minen oder so etwas. Übrigens, weiss jemand, was in San Juan Sacatepéquez geschieht? Oder in Sipacapa? Oder in Panzós?

Sie, die Militärs, sind Experten in der Sozialpsychologie der Unterdrückung. Sie wissen, wie Probleme einfach dargestellt werden müssen wie die Geschichte mit der Angst vor den Jugendbanden. Sie wissen die Grundbedürfnisse und den einfachen Verstand der Leute zu nutzen. Sie können in den Leuten diejenigen Gefühle wecken, die ihnen gelegen kommen, und diejenigen, die sie nicht interessieren, einschläfern.

Es ist eine Ewigkeit her, seit der Propagandaminister von Hitler all dies schon einmal gesagt hat!